

**Fällt Euch denn nichts besseres
ein?**

**Kritik an populärer und oberflächlicher
Schulkritik und Pseudo-Alternativen**

K.R.Ä.T.Z.A.

© 2001

Fällt Euch denn nichts besseres ein?

Kritik an populärer und oberflächlicher Schulkritik und Pseudo-Alternativen

Viele Menschen sind damit, wie Schule zur Zeit organisiert ist, nicht zufrieden. Um Schule zu verbessern, schlagen sie vor, Unterrichtsausfall zu bekämpfen, mehr junge Lehrer einzustellen, die Klassengrößen zu verringern, insgesamt mehr Geld für das Bildungswesen auszugeben, die Schulkonferenz zu einem Drittel mit Schülern zu besetzen, diskutieren darüber, ob das Abitur nach 12 oder 13 Jahren abgelegt werden soll, fordern, Noten durch andere Bewertungsformen zu ersetzen, wollen das dreigliedrige Schulsystem zugunsten der Gesamtschule abschaffen oder Themen wie Demokratie, Ökologie und Feminismus in die Lehrpläne aufnehmen.

Wir möchten zeigen, daß diese Vorschläge nicht so fortschrittlich sind, wie ihre Befürworter glauben. In den hier angesprochenen Bereichen sind statt quantitativer Veränderungen, die die Grundprobleme des Bildungswesens verfehlen, qualitative notwendig. Die üblicherweise vorgeschlagenen Änderungen erscheinen uns daher oft mehr oder weniger unerheblich. Wir wollen uns diesen Forderungen aber auch deshalb nicht anschließen, weil sie uns entweder zu undifferenziert sind, nicht ausreichen oder aber auf einem falschen Ansatz beruhen und kaum zu einer Verbesserung des Bildungswesens beitragen.

1. Mythos: Problemlösung 'Weniger Unterrichtsausfall'.....	2
2. Mythos: Problemlösung 'Mehr junge Lehrer'.....	3
3. Mythos: Problemlösung 'Mehr Lehrer für kleinere Klassen'.....	3
4. Mythos: Problemlösung 'Mehr Geld fürs Bildungswesen'.....	5
5. Mythos: 'Demokratisierung durch Drittelparität in der Schulkonferenz'.....	5
6. Pseudo-Alternative: 12 oder 13 Schuljahre bis zum Abitur.....	6
7. Mythos: Problemlösung 'Zensuren durch schriftliche Berichte o.ä. ersetzen'.....	7
8. Mythos: Problemlösung 'Ganztagsschule'.....	9
9. Mythos: Problemlösung 'Gesamtschule als einzige Schule'.....	10
10. Mythos: Problemlösung 'Ökologie, Feminismus, Demokratie und andere gesellschaftliche Themen in die Lehrpläne'.....	11

1. Mythos: Problemlösung 'Weniger Unterrichtsausfall'

Sind ausfallende Unterrichtsstunden wirklich *das* zentrale Problem in der Bildungspolitik?

Unterrichtsausfall zu beklagen heißt, nur zu kritisieren, daß das System nicht einwandfrei arbeitet. Die Machtposition des Lehrers, Zensuren, Werteerziehung usw. - all das wird nicht hinterfragt, obwohl es nicht zu einer demokratischen Schule paßt.

Unterrichtsausfall wäre nur dann schlecht, wenn Unterricht in jedem Fall etwas Gutes wäre. Aber vor allem für Schüler, die überhaupt kein Interesse an einem konkreten Thema oder Fach haben - und deshalb auch praktisch nichts davon behalten werden -, gibt es kaum gute Gründe, etwas gegen Ausfall zu haben. Jede Freistunde vermindert die Zeit, die man mit sinnlosen, ätzenden Aufgaben verbringen muß und von Lehrern kontrolliert und bewertet wird.

Ausfallende Stunden verschaffen Freiräume, die man individuell nutzen kann, zum Beispiel, um sich mit Leuten zu treffen und über Politik zu diskutieren, Sachen zu lernen, die einen wirklich interessieren, interessante Gespräche zu führen, ein tolles Buch zu lesen, oder auch

sich einfach mal zu entspannen. In vielen Fällen dürften einem diese Aktivitäten deutlich mehr bringen als der Unterricht.

Gründer alternativer Schulen und Schulkritiker machen schon seit Jahrzehnten darauf aufmerksam, daß Lernen nur zu einem sehr geringen Anteil durch Unterrichtetwerden stattfindet. Man darf einfach Lernen nicht mit Unterricht verwechseln. Niemand braucht Unterricht, um Laufen, Sprechen, Fahrrad fahren oder mit einem Stadtplan umgehen zu lernen. Und wie man mit einander umgeht, alltägliche Probleme löst, usw., lernt man auch nicht durch Unterricht. Unterricht ist also *nur eine* Form des Lernens; und ob sie die bessere ist, kann nur jeder Schüler selbst entscheiden.

Solange es Tests und Zensuren gibt, ist Unterrichtsausfall ein Problem. Denn Leistung wird trotzdem abgefragt, und für den gleichen "Stoff" stehen weniger Stunden zur Verfügung. Also steigt der Zeitdruck. Und Schülern, die tatsächlich durch den Unterricht etwas lernen wollen, wird das Recht auf Bildung beschnitten.

Daß Unterrichtsausfall eindeutig schlecht ist und verhindert werden muß, kann man erst dann sagen, wenn niemand mehr gezwungen wird, Unterricht zu besuchen, der ihn nicht interessiert.

2. Mythos: Problemlösung 'Mehr junge Lehrer'

Durch mehr junge Lehrer wird das System nicht besser. Auch sie müssen den Unterrichtsstoff durchziehen, Tests schreiben lassen, Zensuren verteilen, die Schüler dazu bringen, Dinge zu lernen, die diese nicht wollen bzw. von denen sie nicht wissen, wozu sie gut sein sollen, usw.

Vielleicht sind junge Lehrer etwas umgänglicher, da sie sich noch ganz gut an ihre eigene Schulzeit erinnern können und den Schülern vielleicht manches ersparen wollen, und ihr Unterricht ist noch nicht zur Routine erstarrt, sondern sie denken sich noch manchmal neue Sachen aus.

Aber natürlich können auch junge Lehrer ungerecht und arrogant sein. Genauso müssen alte Lehrer keineswegs altmodisch sein. Es kommt auf die Person an, nicht aufs Alter.

Darüber hinaus sollten Schulen auch so konzeptioniert sein können, daß auch Schüler Kurse oder Projekte selber anbieten. Diese Schüler wären dann besonders junge Lehrer.

In einer demokratisierten Schule, wie wir sie uns wünschen, wird über Personalfragen demokratisch von Schülern und Lehrern der jeweiligen Schule entschieden. Dabei werden sie beim Einstellen neuer Mitarbeiter auch Aspekte wie Frische und Erfahrung diskutieren. Schüler und bisherige Lehrer können dann selbst entscheiden, welche Mischung sie wollen.

3. Mythos: Problemlösung 'Mehr Lehrer für kleinere Klassen'

Zunächst einmal halten wir die - zumindest für den Zeitraum bis zum Ende der 10. Klasse - sehr verbreitete Idee für überholt, daß alle das gleiche Programm vorgesetzt bekommen und - ob es ihnen etwas bringt oder nicht - mitmachen müssen, und daß somit überhaupt eine feste Schulklasse besteht, die dann also auch in jedem Unterrichtsfach die selbe Größe hat.

Gibt es statt starrer Klassen viele einzelne Kurse - auch mit Schülern verschiedenen Alters -, aus denen sich jeder seinen Unterricht zusammenstellt, muß man die Frage nach der geeigneten Größe nicht mehr pauschal für alle Unterrichtsfächer zusammen, sondern je nach Charakter des Kurses beantworten.

Derzeit ist der Unterricht großteils eine Selbstdarstellungsshow. Man soll dem Lehrer ständig Dinge sagen, die er längst weiß und die ihn auch kaum wirklich interessieren. Von dieser Selbstdarstellung hängt derzeit jedoch die Zensur für den "mündlichen Teil" entscheidend ab. Und je weniger andere Schüler in der Klasse bzw. dem Kurs sind, desto mehr Zeit zur Selbstdarstellung bekommt jeder einzelne. Wer hingegen im Unterricht nicht auffallen will (um

z.B. nicht an die Tafel kommen zu müssen bzw. zu einer mündlichen Leistungskontrolle herangezogen zu werden), hat es bei kleinen Klassen schwerer. Der Zwang zur Selbstdarstellung zwecks guter Note ist aber ein Problem, das man am besten auf grundsätzlicher Ebene beseitigt.

Kleine Klassen/Kurse sind eigentlich nur in zwei Fällen wichtig:

1. Wenn man Fragen hauptsächlich an den Lehrer richtet.

Wenn der Lehrer individuell helfen soll, z.B. indem er Rückfragen beantwortet, sind große Klassen eher hinderlich, weil für jeden einzelnen Fragesteller weniger Zeit zur Verfügung steht.

Dürften sich allerdings Schüler - anders als heute - auch gegenseitig Dinge erklären, käme es gar nicht so zu dem Problem, da nicht alle den Lehrer fragen würden. Und oft ist es auch leichter, sich etwas von einem Mitschüler erklären zu lassen, da er sich auf einer ähnlichen Verständnisebene befindet und die eigenen Schwierigkeiten besser nachvollziehen kann. Und der Mitschüler merkt dabei gleich, ob er selbst es wirklich verstanden hat.

2. Wenn nur für eine begrenzte Zahl von Teilnehmern die materiellen Ressourcen vorhanden sind.

Das ist z.B. der Fall bei wissenschaftlichen Experimenten, für die Hilfsmittel wie Gasbrenner, Mikroskope, Geigerzähler, Elektrobaukästen usw. benötigt werden. Oder wenn jeder Schüler einen eigenen Computer braucht, im Sportunterricht jeder das gleiche Gerät bzw. Spielfeld benutzen muß, sowie bei Ausflügen.

Auch Diskussionen sind in großen Gruppen schwieriger, da nur wenige zu Wort kommen. Allerdings können bei mehr Teilnehmern auch mehr verschiedene Ansichten eingebracht werden, weil die Wahrscheinlichkeit größer ist, daß Vertreter bestimmter Minderheitenmeinungen dabei sind. Es kommt darauf an, welchen Charakter die Diskussion haben soll.

Für manche Arten von Unterricht ist es hingegen völlig egal, wie groß die Klasse ist. Wenn der Unterricht den Charakter einer Uni-Vorlesung hat - die Person vorne also nur redet oder eine Präsentation abhält -, sind 35 Schüler überhaupt kein Problem. Es könnten genauso gut 200 sein.

Sind die Schüler damit beschäftigt, etwas durchzulesen, ein Video anzusehen oder Aufgaben zu lösen, ist die Gruppengröße ebenfalls nicht von Bedeutung, jedenfalls solange genug Bücher / Kopien / Aufgabenblätter vorhanden sind. Dann ist es höchstens eine Frage der Ruhe und der Größe des Raumes bzw. der Akustik.

Für obengenannte Engpaß-Aktivitäten könnte man eine Klasse / einen Kurs auch vorübergehend teilen, wie es auch bei allen möglichen Kongressen üblich ist.

Wie inzwischen klar geworden sein dürfte, sind wir nicht grundsätzlich *gegen* kleine Klassen. Wir meinen nur, daß sie gar nicht immer notwendig sind und die pauschale Forderung nach kleinen Klassen deshalb einfach undifferenziert ist.

Aber selbst wenn man kleinere Kurse anstrebt, braucht man dazu nicht unbedingt mehr Lehrer als heute, sondern kann sogar mit deutlich *weniger* Lehrern auskommen. Es hängt im wesentlichen wohl von der Rolle der Lehrer und dem Mengenverhältnis von Unterricht zu anderen Lernformen ab.

Lernen findet schließlich bei weitem nicht nur in Klassen/Kursen statt. Einen großen Teil dessen, was Menschen lernen, lernen sie ohne Unterricht. Eine Schule, in der dies Beachtung findet ist die Sudbury Valley School, eine demokratische Schule in der Nähe von Boston (Massachusetts, USA), in der Schüler und Mitarbeiter wirklich gleichberechtigt sind, niemand zum Lernen gezwungen wird und jeder Schüler seinen Tagesablauf vollständig selbstbestimmt. Die Schüler dort beschäftigen sich die meiste Zeit selbst und ziehen Mitarbeiter nur gelegentlich zu Rate. Kurse spielen beim Lernen nur eine kleine Nebenrolle

und finden nur statt, wenn Schüler dies ausdrücklich verlangen. Wenn dann mal ein Kurs zustande kommt, ist er deshalb immer ziemlich klein. 12 Schüler in einem Mathekurs sind schon viel. Und da Unterricht nur einen kleinen Teil der Aktivitäten an Sudbury Valley ausmacht, sind kleine Gruppen kein Problem - auch wenn die Schule bei 220 Schülern nur 11 Mitarbeiter (Lehrer) hat. (In traditionellen Schulen ist das Verhältnis eher 1 : 12.)

Schulen brauchen also nicht pauschal viele bzw. mehr Lehrer, sondern das hängt von der Art der Schule ab. Und auch kleinere Klassen sind nur begrenzt von Bedeutung.

4. Mythos: Problemlösung 'Mehr Geld fürs Bildungswesen'

Natürlich muß Bildung ausreichend finanziert und müssen Bildungseinrichtungen ausgestattet werden. Aber macht mehr Geld die Schule wirklich besser? An dem, was Schule für viele Schüler so unangenehm macht, ändert sich dadurch nichts: Fremdbestimmung und Leistungsdruck.

Wenn man mehr Geld fordert, muß man auch sagen, wofür man es denn eigentlich zu verwenden gedenkt. Wenn das Geld an der falschen Stelle eingesetzt wird, haben die Schüler auch nichts davon. Und "mehr Geld" für Schulvergleichsstudien, eine größere Bürokratie, mehr Pflichtfächer oder sogar Überwachungskameras für den Schulhof, kurz: für mehr Fremdbestimmung über die Schüler sind keine Verbesserung.

Daß Schüler nicht auch noch für die ihnen womöglich verhaßte Schule bezahlen sollen, indem sie etwa Bücher und sonstiges Material selbst kaufen müssen, ist unserer Meinung nach eine Selbstverständlichkeit. Der Schulbesuch muß ohne Wenn und Aber kostenlos sein. Bildung darf nicht den wirtschaftlichen Zwängen des freien Marktes überlassen werden. Aus der Finanzierung von Bildung darf der Staat sich nicht zurückziehen. Aber daß er das ganze schöne Geld in so ein miserables Schulsystem steckt, ist frustrierend.

Für die durchschnittlich rund 10 000 DM, die der Staat jedes Jahr pro Schüler ausgibt - Freie Schulen kommen oft mit deutlich weniger Geld pro Schüler aus als staatliche -, könnten wir uns ein viel schöneres Bildungssystem leisten. Und wenn das Geld dann endlich auf sinnvollere Weise ausgegeben wird, kann es, wenn nötig, auch gerne noch etwas mehr für alle sein.

5. Mythos: 'Demokratisierung durch Drittelparität in der Schulkonferenz'

Anmerkung: In Berliner Oberschulen ist dies bereits umgesetzt. In einigen anderen Bundesländern, in denen noch die Lehrer die Hälfte der Stimmen haben, gilt dies aber weiterhin als fortschrittliches Ziel.

Grundsatz der Demokratie ist : Alle Menschen, die von Entscheidungen betroffen sind, müssen das Recht haben, sich durch Wahlen bzw. Abstimmungen am Zustandekommen dieser Entscheidungen zu beteiligen. Dabei gilt das Prinzip "Ein Mensch - eine Stimme". Das heißt, dabei zählt jede Stimme exakt genauso viel (Gleichheit der Wahl). Jeder Gewählte vertritt also gleich viele Wähler.

Dieser Grundsatz, der in einer demokratischen Gesellschaft auch für die Schule gelten muß, ist nicht gewahrt, wenn im höchsten beschlußfassenden Gremium Lehrer, Eltern und Schüler jeweils ein Drittel der Abstimmungsberechtigten stellen, obwohl Schüler über 90% der an der Schule tätigen Menschen sind, Lehrer entsprechend weniger als 10% und Eltern 0%. Im Grunde ist das nichts anderes als das Drei-Klassen-Wahlrecht, das in Preußen von 1849 bis 1918 galt. (Damals stand jedem Stand ein Drittel der Parlamentssitze zu, der 1. Stand umfaßte 4%, der 2. 14% und der 3. die restlichen 82% der männlichen Erwachsenen.)

Demokratisch wird eine Schulkonferenz auch dadurch nicht, daß man Schülern die Hälfte aller Sitze oder sogar einen mehr als die Hälfte gibt. Denn auch dann gilt die Stimme eines Schülers immer noch weniger als die eines Lehrers.

Und da Eltern im Alltagsbetrieb der Schule nicht vorkommen, ist es demokratisch nicht zu rechtfertigen, daß sie in Gremien der Schule etwas zu suchen haben sollen. Zwar müssen sie mit dem, was die Schule mit ihren Kindern macht, fertigwerden, aber mit dieser Begründung könnte man auch verlangen, daß Männer z.B. ein Mitspracherecht im Betriebsrat ihrer Frau haben sollen.

Gelegentlich wird auch argumentiert, die Eltern könnten doch gemeinsam mit den Schülern die Lehrer überstimmen, so daß die Eltern wichtige Bündnispartner der Schüler seien. Die Erfahrung zeigt jedoch, wenn es um Veränderungen zugunsten der Freiheit von Schülern geht, stimmen die Eltern meist gemeinsam mit den Lehrern gegen die Vorschläge der Schüler. Wenn allerdings jeder an der Schule direkt Beteiligte eine Stimme hat, sind die Schüler aus eigener Kraft deutlich in der Mehrheit und somit nicht auf die vermeintliche Hilfe der Eltern angewiesen. Es stimmt zwar, daß jüngere Schüler ihre Interessen noch nicht immer so gut und überzeugend formulieren können wie wohlwollende Eltern dies könnten, doch zum einen können diese Schüler Unterstützung bei erfahreneren Schülern suchen und zum anderen entwickeln sie diese Artikulationsfähigkeit recht schnell, wenn sie wirklich beteiligt sind.

Die Schulen des Sudbury-Typs beweisen, wie gut mit Schülermehrheit geleitete Schulen verwaltet werden, einschließlich der Finanzen. Der Beweis durch die Praxis ist erbracht. Schüler, denen die Schulangelegenheiten nicht wichtig sind oder die sich keine Meinung dazu gebildet haben, enthalten sich - wie in einer Demokratie üblich - einfach der Stimme.

Außerdem erzielen Regeln und Entscheidungen, über die von allen Schülern und Lehrern auf demokratische Weise abgestimmt wurde, eine höhere Akzeptanz als von oben aufgedrückte.

6. Pseudo-Alternative: 12 oder 13 Schuljahre bis zum Abitur

Es ist verständlich, daß man unter den Umständen, wie Schule derzeit organisiert ist, dort möglichst nicht so viele Jahre verbringen möchte.

Kürzere Zeiten bis zum Abschluß sind aus unserer Sicht durchaus sinnvoll, wenn der Leistungsdruck dabei nicht größer und das Recht auf Bildung nicht beschnitten wird.

Bei der derzeit diskutierten Variante der Verkürzung auf 12 Jahre sehen wir allerdings folgende Nachteile: Die Forderung des Abiturs nach 12 Jahren wird gewöhnlich zusammen mit der Forderung erhoben, daß das Abitur wieder "etwas wert sein" müsse und "nicht an jeden verschenkt" werden dürfe, das Abitur also schwieriger und für insgesamt weniger Schüler erreichbar werden soll. Eine Variante besteht darin, Unterricht straffer durchzuziehen und stärker auf direkt überprüfbares Faktenwissen zu konzentrieren. In der anderen bleibt die Menge des Unterrichtsstoffs voll erhalten und auch die Anzahl der Unterrichtsstunden bis zum Abitur bleibt unverändert, so daß auf jeden Schüler durch das eingesparte Schuljahr drei bis vier Stunden mehr Unterricht pro Woche zukommen, zzgl. Hausaufgaben. Dadurch wird der Schulalltag noch stressiger und der Leistungsdruck größer. All das deutet sehr in Richtung Paukschule, und das ist nicht die von uns angestrebte Richtung.

Wir finden die Möglichkeit, das Abitur nach weniger als 13 Jahren zu machen, aber durchaus gut. Es geht uns dabei allerdings nicht darum, Geld im Bildungssektor einzusparen, indem bundesweit ein paar Hunderttausend Schüler weniger in Umlauf sind, oder darum, daß die Menschen möglichst frühzeitig in das Erwerbsarbeitsleben eintreten.

Zu dem Vorwurf, die hiesigen Ausbildungszeiten seien im europäischen Vergleich zu lang: In Frankreich z.B. bekommt man sein Abitur zwar prinzipiell nach 12 Jahren, aber mehr als 60% der Schüler müssen im Laufe der Schulzeit mindestens ein Schuljahr wiederholen. Außerdem steht ein Großteil dessen, was in Deutschland Stoff der gymnasialen Oberstufe ist, in z.B. Frankreich und Großbritannien erst an den Hochschulen im Lehrplan, so daß die Schüler in diesen Ländern nicht wirklich schneller sind.

Dennoch wirkt der von linken Parteien und Organisationen sowie Schülervertretungen geführte Kampf ums 13. Schuljahr befremdlich auf uns.

Wir halten es nicht für sinnvoll, die Schüler zu zwingen, erst eine bestimmte Anzahl von Jahren (z.B. 13) in der Schule zu verbringen, bevor sie ihre Prüfung machen können. Der Abschluß soll doch besagen, was man weiß. Aber warum muß man dazu das ganze Programm durchlaufen haben? Dinge, die man ohne Unterricht bzw. außerhalb der Schule gelernt hat, müssen genauso zählen. Unterricht soll nur ein Angebot sein, das man entweder nutzen kann oder auch nicht.

Jeder Schüler soll selbst entscheiden, nach welcher Zeit er das Abitur ablegen will.

Wir können uns das so vorstellen: In erster Linie ist die Schule ein Ort, an dem man etwas lernen kann. Je nach Konzeption der jeweiligen Schule macht man von Kursen Gebrauch, beteiligt sich an Projekten, liest Bücher, nutzt das Internet, führt Gespräche mit anderen Leuten, usw. In jedem Fall bestimmt man grundsätzlich selbst, wie man seine Zeit an der Schule verbringt. Man lernt nach eigenen Zielen. Und wenn man abgehen will, kann man auch noch an einer Abschlußprüfung teilnehmen. Oder man absolviert sie schon zwischendurch und nutzt die Schule dann weiter als Lernort.

Wer will, soll auch 15 Jahre zur Schule gehen können, und wer es eilig hat, kann auch schon nach z.B. elf Jahren fertig sein und sein Abitur ablegen. Diese Regelung sollte dann aber nicht nur für das Abitur, sondern für alle Abschlüsse gelten.

Das wäre dann ähnlich wie an der Uni, wo auch nicht alle Studenten zum gleichen Zeitpunkt fertig sein müssen, sondern man den selben Studiengang in neun Semestern beenden kann - oder auch in 14.

Nun mag der Einwand kommen, "15 Jahren Schulzeit, das ist doch unbezahlbar für den Staat". Aber wenn ein Schüler heute sitzenbleibt, braucht er auch immerhin 14 oder sogar 15 Jahre. Gleichzeitig würden viele Schüler die 13 Jahre unterbieten; und - wie praktisch alle Alternativschulen beweisen -: Es geht auch viel kostengünstiger als bisher üblich.

Aber abgesehen von den obigen Überlegungen, sind Abschlüsse an sich von zweifelhaftem Wert. Denn Zeugnisse beschreiben nur das (vermeintliche) Wissen der Vergangenheit. Je älter ein Zeugnis ist, um so weniger sagt es aus. Der Schüler kann vieles von dem, was er gelernt hatte, wieder vergessen haben - was gar nicht so selten vorkommt. Er kann sich aber auch mit Dingen, die er damals tatsächlich nicht gewußt oder verstanden hatte, inzwischen sehr gut auskennen. Darüber hinaus ist das Wissen aus der Schulzeit in manchen Bereichen bereits nach wenigen Jahren hoffnungslos veraltet.

Was also sollen Unternehmen oder Unis mit Zeugnissen anfangen? Eine Lösung wäre, nicht am Ausgang der Schule zu prüfen, sondern am Eingang der Uni / des Arbeitsplatzes. Die Eingangsprüfung könnte sich dann auf die jeweils relevanten Dinge beschränken; alles nicht relevante bräuchte man dann auch nicht lernen. Die Bedingungen für die jeweils verschiedenen Eingangsprüfungen müßten natürlich allgemein öffentlich zugänglich sein.

Falls es jedoch weiterhin Abschlüsse gibt, sollte wenigstens gelten, daß sie jeder nach einer selbstgewählten Anzahl von Jahren erwerben kann. Das können im Einzelfall dann auch 12 oder 13 Jahre sein.

Daß solche Verfahren funktionieren können, beweisen die Erfahrungen von Schulen im Ausland (z.B. der Sands School in England).

7. Mythos: Problemlösung 'Zensuren durch schriftliche Berichte o.ä. ersetzen'

Daß Zensuren reines Auswendiglernen fördern, zur Beurteilung unbrauchbar sind, die Macht des Lehrers sichern und Anpassung erzwingen sowie der Auslese dienen, ist eine wichtige Erkenntnis. Allerdings veranlaßt dies einige Leute lediglich dazu, Zensuren durch andere Bewertungsformen ersetzen zu wollen.

Für uns ist die Frage nicht, *wie*, sondern *warum überhaupt* bewertet werden soll.

Da Schule unserer Meinung nach nicht die Aufgabe haben sollte, Schüler für die Uni oder für das Berufsleben vorzusortieren, bleiben als mögliche Rechtfertigungen nur noch, daß Bewertung für das Lernen wichtig sei und daß sie dem Schüler ein Feedback biete.

Zensuren, Lob, Bienchen usw. sollen motivieren, heißt es. Dabei wird aber völlig übersehen, "daß es einen entscheidenden, qualitativen, Unterschied zwischen *innerer* und *äußerer* Motivation gibt - zwischen einem Interesse an dem, was man lernt, um dieser Sache willen, und einer Vorstellung, in der Lernen als ein Mittel zum Zweck gesehen wird, wobei der Zweck darin besteht, Bestrafung zu vermeiden bzw. eine Belohnung zu erhalten. Nicht nur, daß diese beiden Orientierungen verschieden sind, sie wirken oft sogar in entgegengesetzte Richtungen.", schreibt der amerikanische Autor Alfie Kohn.

Bewertung ist im Grunde Bestechung und Erpressung. Wenn man sich davon beeindruckt läßt - und das ist ja das erklärte Ziel - wird die Aufmerksamkeit vom Lerninhalt weg auf die mögliche Belohnung hingelenkt. Das Interesse am Wissen selbst tritt in den Hintergrund und nimmt ab. Man stellt Kosten-Nutzen-Rechnungen an: "Wieviel muß ich wissen/tun, um eine gute Zensur zu bekommen?" Letztendlich sieht man Lernen als etwas an, das man nur gegen Belohnung bzw. unter Strafandrohung tut, als eine lästige Aufgabe, die man abarbeiten muß, und bei der man sich nicht mehr Mühe als nötig gibt, denn das eigentliche Lernen ist unwichtig geworden. Und sobald die Bewertung wegfällt, hört man auf, sich mit dem Thema zu befassen. Das unter solchen Umständen erworbene Wissen hält allerdings ohnehin nur selten länger als bis zum nächsten Test - schließlich hat man es ja auch nur dafür "gelernt".

Langfristiges, tiefgründiges und nachhaltiges Lernen geschieht nur, wenn man ein eigenes Interesse, eine eigene Motivation hat.

Wenn man sich selbst das Ziel steckt, daß man etwas bestimmtes lernen oder eine bestimmte Sache erledigen will, kann niemand anderes einem erzählen, daß man sein Ziel erreicht habe. Nur man selber kann entscheiden, wann man mit dem Geleisteten zufrieden ist. Und solange man noch nicht zufrieden ist, will man weiter daran arbeiten.

Schon deshalb sind wir dafür, Zensuren einfach ersatzlos zu streichen - und sie nicht durch andere Formen der Bewertung zu ersetzen. Aber es gibt noch mehr Gründe.

Bewertung setzt Kontrolle voraus, die in jedem Fall ein Eingriff in die Privatsphäre des Schülers ist. Ob, wann und in welcher Form bewertet werden soll, soll deshalb nur jeder Schüler selbst entscheiden.

Zeugnisse und Bewertungsdokumente jeder Art ignorieren, daß Menschen sich auch nach Erhalt ihres letzten Zeugnisses ändern. Dies trägt dazu bei, daß andere sich Vor- bzw. Fehlurteile anhand des vor Jahren festgeschriebenen Erscheinungsbildes in der Schule bilden, welches wiederum keineswegs objektiv ist. Dieser Umstand kann zu einer lebenslangen Brandmarkung als beispielsweise "leistungsunfähig" führen. Schon aus Gründen des Datenschutzes, der informationellen Selbstbestimmung, sind wir gegen Zeugnisse.

Normalerweise merkt man doch, ob man eine Sache schon gut kann, man sich darin sicher fühlt. In den Fällen, in denen man überhaupt nicht das Gefühl hat, sich selbst einschätzen zu können, kann man ja andere fragen, was sie z.B. von den eigenen Singkünsten oder von der Qualität eines selbstverfaßten Textes halten. Wichtig ist, daß sich dabei jeder bewußt ist, daß diese Einschätzung zwangsläufig subjektiv ist, aber man selbst die Ansprüche der anderen Person nicht teilen muß. Die Äußerung des anderen ist nicht mehr als eine Meinung!

So läuft das im alltäglichen Leben, und so sollte es auch in der Schule sein. Wenn ein Schüler ein Feedback haben will, kann er einen Lehrer oder Mitschüler fragen. Wenn er keines will, sollte er in Ruhe gelassen werden.

Da dieses Feedback eine persönliche Information des Lehrers (oder auch eines Schülers) an den Schüler ist, wird sie auch nirgendwo dokumentiert. Für Zeugnisse gibt es keine Rechtfertigung mehr.

Auch die Eltern können keinen Anspruch auf Zeugnisse über ihre Kinder haben. Womit sich ein Schüler in der Schule beschäftigt, muß allein seine Sache sein. Nichtsdestotrotz werden

sich viele junge Menschen freiwillig mit ihren Eltern darüber unterhalten, was sie in der Schule machen und wie es ihnen dort geht. Welche privaten Dinge sie anderen mitteilen, bleibt jedoch - nicht nur im Bereich Schule - in jedem Fall ihre eigene Entscheidung.

8. Mythos: Problemlösung ‘Ganztagsschule’

Statt die Belastung zu reduzieren, der Schüler ausgesetzt sind, beschneidet die Ganztagsschule ihnen die Freizeit. Ganztagsschulen sind in erster Linie nicht für die Kinder da, sondern für ihre berufstätigen Eltern.

Die Befürworter von Ganztagsschulen wollen, daß Schule nicht nur ein Ort, an dem Unterricht stattfindet, sondern auch ein Lebensort ist. Kinder und Jugendliche sollen dort Umgang mit anderen Menschen haben (insbesondere auch jenen mit Behinderung sowie jenen ausländischer Herkunft), nicht jederzeit bewertet werden, selbst Entscheidungen treffen und Verantwortung übernehmen, Freizeitaktivitäten nachgehen und sich wohlfühlen können - gleichzeitig bleiben sie aber unter der Kontrolle des Personals. Durch die genannten Möglichkeiten sei die Ganztagsschule ein Beitrag zu Integration und Chancengleichheit, fördere Kreativität, Selbstbewußtsein, Kooperation, friedliche Konfliktlösung und Toleranz, und entspreche somit in höherem Maße als herkömmliche Schulen den Anforderungen der modernen Welt.

Im wesentlichen gibt es zwei verschiedene Modelle der Ganztagsschule. In der "offenen Ganztagsschule" findet der Unterricht wie bisher am Vormittag und Mittag statt. Danach werden bis 16 Uhr verschiedene Projekte und Arbeitsgemeinschaften angeboten. Die Teilnahme daran ist für die Schüler freiwillig.

Bei der "gebundenen Ganztagsschule" hingegen besteht Anwesenheitspflicht von 8 bis 16 Uhr. Der Unterricht ist über den Tag verteilt, womit der Schulalltag vielfältiger gestaltet, z.B. der 45-Minuten-Takt aufgebrochen werden kann; mit mehr Flexibilität, Ruhephasen, Projekten.

Einige der Motive sind durchaus gut. Aber der Anteil fremdbestimmter Lebenszeit wird für die Schüler nicht geringer, da der bisherige Pflichtunterricht in vollem Umfang erhalten bleibt.

Die gebundene Ganztagsschule erhöht sogar noch die Zeit, die junge Menschen zwangsweise in der Schule anwesend sein müssen. Auch daß die Schüler zwischen verschiedenen Nicht-Unterrichts-Angeboten auswählen dürfen, ändert daran nichts, denn außerschulische Angebote stehen nicht mehr zur Wahl. Der Schüler hat einfach weniger Zeit zur eigenen freien Verfügung, für völlig selbst gewählte Aktivitäten. Einige Anhänger der Ganztagsschule sehen dies sogar als wünschenswert an: Kinder sollen weniger fernsehen und weniger auf der Straße rumhängen. Während wenigstens ein Teil der Eltern ihre Kinder vielleicht einfach in Ruhe lassen würde, ist in der Schule damit nicht zu rechnen, da nach traditionellem Verständnis "Betreuung" auch immer Kontrolle bedeutet.

Als Folge der gebundenen Ganztagsschule sind die Schüler noch mehr Zeit mit immer den gleichen Leuten zusammen. Damit gibt es nicht nur weniger Möglichkeit für Kontakte zu Schülern anderer Schularten (was das eigentlich angestrebte Zusammenleben mit Schülern unterschiedlichen Hintergrunds behindert); sondern es gibt auch weniger freie Zeit für z.B. politisches oder soziales Engagement, und auch für jede andere Beschäftigung, die nicht von der Schule - und damit letztlich vom Staat - angeboten wird.

Das, was Ganztagsschulen an selbstgewählten Aktivitäten und sozialer Interaktion auf den Pflichtunterricht obendraufpacken, können die Schüler an demokratischen Schulen wie Sudbury Valley den ganzen Tag über tun. Zugegeben, auch Sudbury Valley ist bis 17 Uhr geöffnet - aber nicht, um die Schüler länger zu kontrollieren, sondern um ihnen diesen Ort der Freiheit möglichst lange zur Verfügung zu stellen. Sie könnten auch nach fünf Stunden wieder gehen, aber vor einer Schule, die wirklich ihnen gehört, haben sie keinen Grund zu fliehen.

9. Mythos: Problemlösung ‘Gesamtschule als einzige Schule’

Den Auslese-Prozeß des jetzigen dreigliedrigen Schulsystems finden auch wir ungerecht und deshalb wollen wir auch gar nicht Gymnasium, Real- und Hauptschule als konkrete Schultypen verteidigen.

Aber was wir auch nicht wollen, ist ein einziger Einheitsschultyp, mit dem dann alle glücklich werden müssen. Wir wollen statt dessen eine pluralistische Bildungslandschaft, die allen offensteht. Es gibt sehr verschiedene Vorstellungen darüber, wie man Lernen sinnvoll organisiert. Und die lassen sich nicht alle in nur einem einzigen Schultyp zusammenfassen - egal wie genial und wie offen diese Einheits-Schulform wäre.

Selbst unter den von weitem gesehen einander sehr ähnlichen demokratischen Schulen, an denen niemand zum Lernen gezwungen wird, gibt es in zentralen Fragen große konzeptionelle Unterschiede. Während in Summerhill und an der Sands School Unterricht eine zentrale Rolle spielt und staatliche Lehrpläne eine wichtige Orientierung sind, gibt es an den Schulen des Sudbury-Typs keinerlei Lehrplan, und Unterricht nur auf ausdrückliches Verlangen von Schülern. Trotz gleicher Zielsetzung sind die Modelle verschieden. Jedes von ihnen ist sehr erfolgreich und hat seine Berechtigung, und doch lassen sie sich nicht vereinigen, ohne sie zu zerstören.

Auch die verschiedenen Alternativschulen, die es in Deutschland gibt, sollen weiterbestehen dürfen. Und nicht wenige Schüler wollen unbedingt Schulen wie heute haben, in denen ihnen ein starrer Lehrplan ohne wesentliche Wahlmöglichkeiten vorgesetzt wird. Es gibt so immens viele Möglichkeiten, Schule zu organisieren.

Den Bedürfnissen wirklich aller jungen Menschen gerecht zu werden, ist nicht möglich, solange es nur vom Staat festgelegte Schultypen gibt. Keine Verwaltung kann alle möglichen Schulmodelle erdenken. Aber diejenigen, die täglich von Schule betroffen sind, also vor allem die Schüler und Lehrer, aber auch Eltern, haben durchaus eigene Ideen, die sie in selbstgeschaffenen Strukturen umsetzen möchten. Eigeninitiative darf hier nicht verboten sein.

Das heißt: Einerseits soll der Staat selbst Schulen unterschiedlicher Konzeption ins Leben rufen, damit z.B. sichergestellt ist, daß jedes Kind in eine wirklich von Grund auf demokratische Schule gehen kann (bisher existieren solche Schulen in Deutschland noch gar nicht). Und andererseits kann es daneben Schulen geben, die nicht vom Staat organisiert sind.

Die nichtstaatlichen Schulen (Schulen in freier Trägerschaft, sogenannte Privatschulen) würden sich jeweils etwa als gemeinnütziger Verein organisieren - gemeinnützig, weil Schulen keine Unternehmen sind, deren Ziel es wäre, Gewinn zu erzielen.

”Privatschulen” sind für uns kein Feindbild. Wenn diese Schulen allen Menschen gleichermaßen offenstehen, sind sie nichts elitäres. Sie sind einfach Schulen von unten! Gerade Menschen, die diesem Staat kritisch gegenüber stehen, müßten dies eigentlich begrüßen.

Da das Geld für all diese Bildungsangebote natürlich weiterhin vom Staat kommen soll, ist diese Aufhebung des derzeitigen faktischen Staatsmonopols nicht die so oft befürchtete Privatisierung der Bildung.

Das entscheidende in einem pluralistischen Bildungswesen aber ist, daß *der Schüler selbst* entscheidet - und nicht die Eltern oder der Staat oder gar Vertreter der Wirtschaft -, auf welche Schule er geht bzw. ob er sich außerhalb dieser Institutionen bildet.

Durch die vollständig staatliche Finanzierung und durch das alleinige Entscheidungsrecht des Schülers wird sowohl Auslese verhindert als auch die Einschränkung des Rechts junger Menschen auf Bildung durch Eltern oder sonst jemanden.

10. Mythos: Problemlösung 'Ökologie, Feminismus, Demokratie und andere gesellschaftliche Themen in die Lehrpläne'

Selbst wenn man solche Themen wichtig findet, heiligt der Zweck nicht die Mittel. Und Mittel ist hier die Ausnutzung des Umstandes, daß die Schüler, an die sich diese Lehrpläne richten, nicht freiwillig in der Schule sind. Sie werden durch die Schulpflicht zur Anwesenheit gezwungen und müssen sich anhören, was auch immer man ihnen erzählt.

Sind Schüler denn Objekte, die man, wie es einem gerade paßt, mit Wissen betanken kann?

Würde man das gleiche mit Erwachsenen machen - würde man Erwachsene unter Strafandrohung (!) zwingen, sich mit bestimmten gesellschaftlichen Fragestellungen zu beschäftigen, und sie womöglich dann noch darauf überprüfen, ob sie sich alles gemerkt haben -, wäre das ganze mit Sicherheit eine recht befremdliche Aktion, die überhaupt nicht in eine freiheitliche und demokratische Gesellschaft paßt. Mit Schülern aber macht man das.

Der Lehrplan scheint so etwas wie eine Wunschliste zu sein, was alles dem Kind durch einen Trichter in den Kopf gefüllt werden soll. Das ist nichts anderes als Indoktrination. Sollte man sich daran wirklich beteiligen wollen?

Was man allerdings tun kann und sollte, ist, die Instrumentalisierung des Schulunterrichts für staatsbehaltende Zwecke zu beenden. Die Behauptung, daß es so eine "Staatspropaganda" überhaupt gibt, bedarf zunächst einiger Erläuterung: Die staatlichen Lehr- und Rahmenpläne sehen z.Z. vor allem in Fächern wie Geschichte, Erdkunde, Sozialkunde und Politischer Weltkunde vor, daß der Staat sich und seine Institutionen ausführlich präsentieren und dabei in ein ihm genehmes Licht rücken kann. Seine Wahrnehmung von der Welt bzw. gesellschaftlicher Probleme stellt er dabei als Gegebenheiten dar. Einzelheiten sind zur Diskussion freigegeben, aber die Fragestellungen geben die Grundrichtung bereits vor.

Mit den folgenden Beispielen, die den Berliner Rahmenplänen entnommen sind, wollen wir hier in diesem Text nicht die Diskussion über die jeweiligen Themen eröffnen, sondern lediglich den in einigen Bereichen ideologisch geprägten staatszentrierten Charakter des Unterrichts belegen.

So wird im Fach Erdkunde die Hungerproblematik in der sogenannten Dritten Welt pauschal dem Bevölkerungswachstum zugeordnet, ohne angemessen auf Fragen der weltweiten Verteilung von Reichtum einzugehen. Als ein Lernziel für das Fach Sozialkunde wird formuliert: "Sie [die Schüler] kennen Möglichkeiten und Grenzen staatlicher Wirtschaftspolitik zur Lösung standort-, sozial-, arbeits- und umweltpolitischer Probleme." Ferner zählen zu den "Lerninhalten" der genannten Fächer u.a.: "Deutschland als Industriestandort", "Rolle und besondere Verantwortung Deutschlands im Rahmen der europäischen Integration", "Wehrhafte Demokratie", "Auftrag der Bundeswehr, Innere Führung", "Leitbild vom Staatsbürger in Uniform", "Friedens- und Kriegseinsätze".

Und im Rahmenplan Geschichte/Politische Weltkunde liest man: "Außerschulische Lernorte wie (...) Angebote der Bundeswehr (...) besitzen besonders für den Unterricht in zeitgeschichtlichen und aktuellen Themen eine wichtige und ergänzende Bedeutung" und in den Einleitenden Bemerkungen zum Unterrichtsbereich Weltkunde: "[Er] erschließt den Hauptschülern der Klassen 9 und 10 komplexe Ausschnitte der sie umgebenden Wirklichkeit. Er dient der Orientierung, der Hinführung zur Entscheidungsfähigkeit und der Anbahnung von Verhaltensweisen im gesellschaftlichen, politischen, ökonomischen und geistig-kulturellen Umfeld."

Insgesamt wird immer wieder vorgeschrieben, was die Schüler denken sollen, zu welchen Überzeugungen sie kommen sollen. Dies finden wir grundsätzlich falsch. Uns geht es daher nicht um eine Aufrüstung der Lehrpläne mit anderen Inhalten, sondern vielmehr um deren Abrüstung.

Egal, um welche Inhalte es geht: Man beschäftigt sich als Schüler im Rahmen des Zwangsunterrichts damit, weil man muß, nicht weil es einen interessiert.

Allein die Tatsache, daß es einem unter Zwang vermittelt wird, sollte einen durchaus mißtrauisch gegenüber einem Thema machen. Der Zwang löst teilweise Widerstand oder zumindest Unbehagen aus, was verhindern kann, daß man sich mit der entsprechenden Thematik überhaupt weiterbefaßt. Vielfach will man einfach damit in Ruhe gelassen werden.

Wenn es einen nicht interessiert, wird man sich wahrscheinlich nur die Dinge merken, die ohnehin schon ins eigene Weltbild passen. Was einen nicht interessiert, wird man auch nicht verstehen. Man denkt dann nicht wirklich darüber nach, und da man die einzelnen Fakten nicht in ein Gesamtbild einordnen kann, sondern sie höchstens für einen Test auswendig lernt, wird man sie wieder vergessen.

Sicher gibt es auch im Zwangsunterricht Themen, die einige Schüler spannend finden und die ihnen tatsächlich etwas bringen - aber in diesem Fall braucht man erst recht keinen Zwang.

Wie wenig bei den meisten Schülern vom Zwangsunterricht langfristig hängenbleibt, sieht man u.a. am Geschichtsunterricht. Obwohl es auch derzeit Gegenstand des Zwangsunterrichts ist und zigfach besprochen wird, ist bei den meisten Menschen das Wissen über Nationalsozialismus und 2. Weltkrieg nicht gerade sehr ausgeprägt.

Die Idee, beispielsweise Demokratie stärker in Lehrplänen zu verankern, entspringt doch der Überzeugung, daß Demokratie eine gute Form ist, zu Entscheidungen zu kommen. Aber warum soll man dann damit bis zum Alter von 18 Jahren warten?

Was man tatsächlich erlebt, hinterläßt einen viel stärkeren Eindruck als das, was andere einem erzählen. Und derzeit wird zwar vielleicht mal über Freiheit und Demokratie geredet. Aber was man als junger Mensch in der Schule (aber nicht nur dort) erlebt, sind autoritäre Strukturen, das Fehlen von Demokratie (Lehrermacht) und die Vorenthaltung von Grundrechten.

Demokrat wird man also nicht dadurch, daß man einen Demokratie-Unterricht besuchen muß, sondern z.B. durch eine demokratisch organisierte Schule, in der Demokratie für alle erfahrbar ist.

Pädagogisch eingestellte Menschen haben jeweils ihre mehr oder weniger konkrete Vorstellung davon, wie Kinder sich verhalten und was sie mal werden sollen. So wird von Mädchen nach wie vor tendentiell erwartet, daß sie brav, ruhig, fleißig und ordentlich sind, und sich eher für Sprachen und Kunst/Musik als für Naturwissenschaften oder Informatik interessieren. Von Jungen nimmt man hingegen eher an, daß sie frech, laut, tobend und unordentlich seien. Dementsprechend unterschiedlich reagieren die Lehrer auf Verhaltensweisen und Bildungswünsche von Mädchen und Jungen. Und der Lehrer hat bekanntlich immer Recht. Dieses Hineindrängen von Jungen und Mädchen in geschlechtsspezifisches Rollenverhalten läßt sich am besten verhindern, wenn Lehrer und Schüler gleichberechtigt sind und jeder Schüler selbst bestimmt, was er lernt und womit er seine Zeit verbringt.

Ein Lehrplan kann somit auch nicht durch Abstimmung verbindlich für alle beschlossen werden; was man lernt, ist eine persönliche Angelegenheit - genauso wie die Nahrung, die man zu sich nimmt.

Selbstverständlich können in einem freien Bildungssystem Kurse oder Veranstaltungen zu Themen wie Ökologie, Geschlechterverhältnisse und Demokratie angeboten werden - solange niemand daran teilnehmen muß. Genau wie in der sonstigen Gesellschaft Veranstaltungen zu diesen Themen angeboten und beworben werden, aber niemand zur Teilnahme daran verpflichtet werden kann.

